Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung (20. TA)

der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I

am Montag, 01.12.2025,
Rathaus, Friedrich-Ebert-Platz 1,
51373 Leverkusen,
5. OG, Sitzungsraum Rhein (5.06)
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Michaela Di Padova	Bezirksbürgermeisterin
Liam Bunk	Fraktionsvorsitzender
Charalambos Georgiou	
Frank Melzer	

SPD

Silvia Dick	stv. Bezirksbürgermeisterin
Stefan Krampf	Fraktionsvorsitzender
Helga Vogt	

AfD

Patrick Ricardo Liese	Fraktionsvorsitzender
Marcus Michels	
Christos Papakostas	

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Udo Trapphagen

Die Linke

Gregor Nick

Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN

Günter Schmitz

mit beratender Stimme nehmen teil:

Björn Boos (Die Linke)

Wolfgang Sasse (CDU)

Rüdiger Scholz (CDU)

Verwaltung:

Daniel Greger	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)
Marcel Petermann	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)
Frank Weiffen	Kultur und Stadtmarketing (18)
Christiane Jäger	Mobilität und Klimaschutz (31) - zugeschaltet -
Conchita Laurenz	Mobilität und Klimaschutz (31)
Johanna Schmidt	Mobilität und Klimaschutz (31) - zugeschaltet -
Dörte Hedden	Umwelt (32) - zugeschaltet -
Nelly Schreiner	Sportpark Leverkusen (SPL)
Dirk Baumeister	Bauaufsicht (63)
Gregor Steiniger	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Tiefbau (66)
Silke Thyssen	Stadtgrün (67)

Schriftführung:

Yvonne Ritter	Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung Seite

1	Eröffnung der Sitzung	6
2	Niederschriften	6
3	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW	6
4	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025)	6
	Dezernat I	8
5	Nachtragsanträge/-vorlagen	8
5.1	Kulturelle Veranstaltungen im Stadtgebiet - Kulturförderung 1. Halbjahr 2026 - Nr.: 2025/3572	8
	Dezernat II	9
6	Nachtragsanträge/-vorlagen	9
	Dezernat III	9
7	Entsiegelung Modul 2 und Priorisierung der Umsetzung bestehender Beschlüsse zu Entsiegelungsmaßnahmen - Nr.: 2025/3531	9
8	2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Leverkusen	12
8.1	Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3547 - Nr.: 2025/0070	12
8.2	Verwaltungsvorlage - m. Anfr. der FDP-Ratsgruppe v. 21.11.2025 m. Stn. v. 28.11.2025 - Nr.: 2025/3547	12
9	Nachtragsanträge/-vorlagen	13
	Dezernat IV	13
10	"Frühe Hilfen" in Leverkusen ab 2026 - Nr.: 2025/3561	13
11	Wirtschaftsplan 2026 des Sportpark Leverkusen - Nr.: 2025/3559	13
12	Nachtragsanträge/-vorlagen	14
12.1	Projektaufruf 2025/2026 zum Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" - Beantragung der Förderung für die	

"Sanierung/Erneuerung der Sportplatzanlage Leverkusen-Rheindorf" - Nr.: 2025/0044 14

Dezernat V 14

13 Kosten- und Ertragsrechnung sowie Entscheidungsalternativen der City-C-Revitalisierung - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 24.10.2025 - Nr.: 2025/0039 14

14 Bebauungsplan Nr. 283/I „Manfort - Innovationspark Leverkusen zwischen Dhünn, Gustav-Heinemann-Straße, Syltstraße und Alte Heide" - Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit - Nr.: 2025/3471 14

15 Kita Dhünnstraße 15

15.1 Kita Dhünnstraße Brandschutz- und Sevesoertüchtigung, Dhünnstraße 12 a/c in Leverkusen - Planungs- und Baubeschluss - Nr.: 2025/3514 15

15.2 Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c - Nr.: 2025/3509 15

16 8. Änderung der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Leverkusen 16

16.1 Hinweis auf Haustiere im Grab ermöglichen - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3480 - Nr.: 2025/0074 16

16.2 Verwaltungsvorlage - Nr.: 2025/3480 16

17 Notwendige Fällung einer Robinie an der Hitdorfer Straße - Nr.: 2025/3554 17

18 Notwendige Baumfällung an der Werrastraße - Nr.: 2025/3568 18

19 Nachtragsanträge/-vorlagen 18

19.1 Einrichtung von Parkmarkierungen an der Flurstraße Hitdorf - Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 10.11.2025 - Nr.: 2025/0056 18

19.2 Errichtung eines öffentlichen Bücherschranks in einer ehemaligen Telefonzelle am Rheindorfer Platz - Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 13.11.2025 - Nr.: 2025/0060 18

19.3 Gefährdung für Verkehrssicherheit an der Langenfelder Straße Reparatur der Leitplanke Langenfelder Straße / Neujudenhof - Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 10.11.2025 - Nr.: 2025/0055 19

19.4 Hafenareal Hitdorf – Interessen verbinden, Entwicklung ermöglichen: Nachbesserung in Bezug auf den Bau der Service Box - Antrag der

CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 20.11.2025 - Nr.: 2025/0068 20

19.5 Baumfällung an der Dönhoffstraße - Nr.: 2025/0061 21

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova gibt zu Beginn der Sitzung folgenden Hinweis für die beratenden Ratsmitglieder:

Die nicht der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I als ordentliche Mitglieder angehörenden Ratsmitglieder, die in dem Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben, haben gemäß § 36 Absatz 6 GO NRW das Recht, an den Sitzungen der Bezirksvertretung I mit beratender Stimme teilzunehmen. Sie können sich also zu Wort melden und Redebeiträge abgeben. Das Recht, Sach- und Verfahrensanträge zur Geschäftsordnung zu stellen, besteht für die beratenden Ratsmitglieder jedoch nicht. Diese Anträge sind nur durch die ordentlichen Mitglieder einzubringen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova eröffnet danach die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorliegende Tagesordnung wird sodann einstimmig beschlossen.

2 Niederschriften

Die Niederschrift über die 1. Sitzung (20. TA) der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 03.11.2025 wird zur Kenntnis genommen.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Es liegt keine Eingabe nach § 24 GO NRW vor.

4 Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2025)

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) erkundigt sich bei der Verwaltung bezogen auf die Beschlusskontrolle BK-Nummer 2022/1998 i. S. Umwidmung von PKW-Stellplätzen auf der Wupperstraße in Höhe der Hausnummern 8, 10 und 10a nach der Umsetzung des Stromkastens auf dem Rheindorfer Platz. Er bittet die Verwaltung zu erläutern, warum die Versetzung des Stromkastens hauptursächlich für die ausbleibende Umsetzung des Beschlusses sein soll, da die Umsetzung dessen gar nicht Teil des Beschlusses war und erkundigt sich außerdem, wann mit der Verwirklichung des tatsächlichen damaligen Beschlusses zu rechnen ist.

Conchita Laurenz (31) nimmt für die Verwaltung mündlich Stellung und erläu-

tert, dass sich die erforderlichen Erdarbeiten aufwändiger als zunächst gedacht herausstellten und die Umgestaltung des Rheindorfer Platzes zusätzlich verzögerten, dazu gehörte ebenfalls die Versetzung des Stromkastens. Der Hintergrund ist, dass für die beschlossene Fahrradabstellanlage Strom benötigt wird. Der vorhandene mobile Stromkasten wird derzeit vom Fisch- und Hähnchenwagen genutzt. Im Rahmen der Neugestaltung des Rheindorfer Platzes war daher der Ersatz des mobilen durch einen stationären Stromkasten durch die Verwaltung angedacht. Hierzu konnte zusammen mit der Energieversorgung Leverkusen (EVL) bisher keine Lösung gefunden werden, da die Verwaltung die Kosten hätte übernehmen müssen, d. h. auch die Kosten für gesamte Stromentnahme inklusive der Stromversorgung der vorgenannten Essenswagen. Nach einer abschließenden Lösung wird weiterhin gesucht. Aufgrund der desolaten Haushaltslage ist die Umsetzung des Beschlusses im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht möglich, da es sich um keine Pflichtaufgabe handelt. Conchita Laurenz (31) stellt in Aussicht, dass zumindest die Markierungen im Bereich der Felderstraße umgestaltet und ggf. die Altglascontainer versetzt werden.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova bittet die Verwaltung inständig, dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I bei Entscheidungen wie z. B. der Versetzung des Stromkastens in jedem Fall im Vorhinein mitgenommen wird.

Daniel Greger (01) ergänzt, dass die Gelder für die gesamte Umgestaltung des Rheindorfer Platzes vom Fachbereich Finanzen nicht freigegeben werden, da die Mittelfreigabe i. S. d. § 82 GO NRW nicht begründbar ist, da es sich hier nach derzeitiger Einschätzung um eine rein freiwillige Aufgabe handelt. Er gibt zu bedenken, dass nach Freizug der Altglascontainer ein Teil der geplanten Umgestaltungsmaßnahmen eventuell mit Hilfe der kleinen Investitionsmaßnamen umgesetzt werden könnten.

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) erkundigt sich bei der Verwaltung nach dem Beschlusskontrollbericht Nr. 2020/0069 aus Januar 2025, bei dem darauf hingewiesen wird, dass mit der Vorlage des Baubeschlusses zur KGS Burgweg im Sommer 2025 zu rechnen sei. Er moniert, dass der Planungsbeschluss bisher nicht in die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I eingebracht wurde und bittet die Verwaltung um Auskunft, wann mit der Vorlage zu rechnen ist und warum diese verzögert eingebracht wird. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der Fragestellung im Nachgang zur Sitzung zu.

Gregor Steiniger (65) teilt auf Nachfrage von Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) mit, dass das Kunstwerk an der GGS Masurenstraße nachhaltig gesichert wird.

Auf Nachfrage von Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) teilt Conchita Laurenz (31) mit, dass zu Beginn des Jahres 2026 nähere Informationen zur Umsetzung der ersten kleineren bzw. kostengünstigeren Maßnahmen des Fußverkehrschecks Manfort vorliegen und dem Gremium zum Sachstand berichtet wird.

Dezernat I

5 Nachtragsanträge/-vorlagen

5.1 Kulturelle Veranstaltungen im Stadtgebiet - Kulturförderung 1. Halbjahr 2026 - Nr.: 2025/3572

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) beantragt, die vier Veranstaltungen, die in der Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I liegen, getrennt abzustimmen, was das Gremium einstimmig beschließt.

Beschluss:

Im ersten Halbjahr 2026 wird die folgende städtische Förderung, die in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I fällt, gewährt:

Percussioncamp
Musikalische Erziehung
Tanz- und Kulturbühne Leverkusen e.V. 0,00 €

dafür: 12 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
Enth.: 1 (Die Linke)

Beschluss:

Im ersten Halbjahr 2026 wird die folgende städtische Förderung, die in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I fällt, gewährt:

Chorsinfonisches Konzert
Konzert
Städtischer Chor Leverkusen 2.000,00 €

dafür: 11 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enth.: 2 (1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

Beschluss:

Im ersten Halbjahr 2026 wird die folgende städtische Förderung, die in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I fällt, gewährt:

Filmreihe „Emanzipation & Antifaschismus“
Film
Kultur am Park e.V. 1.300,00 €

dafür: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke)
dagegen: 11 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

Damit ist diese Maßnahme abgelehnt.

Beschluss:

Im ersten Halbjahr 2026 wird die folgende städtische Förderung, die in die Zuständigkeit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I fällt, gewährt:

„Musik am Park“
Konzert
Kultur am Park e.V. 3.000,00 €

dafür: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke)
dagegen: 11 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

Damit ist diese Maßnahme abgelehnt.

Dezernat II

6 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats II zur Beratung vor.

Dezernat III

7 Entsiegelung Modul 2 und Priorisierung der Umsetzung bestehender Beschlüsse zu Entsiegelungsmaßnahmen
- Nr.: 2025/3531

Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) erkundigt sich bei der Verwaltung, zu welchem Zeitpunkt der Förderantrag zur Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule beim Fördergeber, dem Land Nordrhein-Westfalen, gestellt wurde. Er bittet um Klarstellung, ob eine 80- oder 90-prozentige Förderung erbeten wurde. Ratsmitglied Rüdiger Scholz (CDU) fragt nach dem in der Vorlage genannten Stichtag 07.01.2026 und dessen Bedeutung für den Förderantrag.

Silke Thyssen (67) führt aus, dass im Frühsommer 2024, bevor bekannt wurde, dass die Stadt Leverkusen ein Haushaltssicherungskonzept für die kommenden zehn Jahre aufstellen muss, zum ersten ein Förderantrag mit einer 80-prozentigen Unterstützung gestellt wurde. Nach bekannt werden der desolaten Haushaltslage der Stadt Leverkusen und der Auswahl für die Stufe zwei des Förderprojektes durch das Land Nordrhein-Westfalen wurde am 7. Juli 2025 der Förderantrag gestellt, der eine 90-prozentige Förderung beinhaltet. Dies erklärt den Umstand, dass in der Vorlage beide prozentualen Förderanteile genannt werden. Silke Thyssen (67) ergänzt, dass sich der Fördergeber nach Eingang des Antrags einen sechs monatigen Prüfzeitraum

vorbehält.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) gibt zu bedenken, dass es sich bei der Entscheidung zur Entsiegelung der Fläche vor dem Eingang zum Neuland-Park aus seiner Sicht um eine bezirkliche Entscheidung handelt, die durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I zu treffen wäre.

Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) stellt zudem den Änderungsantrag, dass der aufzubringende Eigenanteil der Stadt Leverkusen 100.000 € nicht überstiegen darf.

Bezirksmitglied Patrick Liese (AfD) beantragt, die zur Rede stehende Verwaltungsvorlage in die Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen am 15.12.2025 zu vertagen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt zunächst über den Vertagungsantrag der AfD-Fraktion abstimmen.

dafür: 3 (AfD)
dagegen: 10 (4 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

Damit ist der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) stellt daraufhin folgenden Änderungsantrag als ergänzende Beschlussfassung zur Vorlage Nr. 2025/3531:

„Zu Beschlusspunkt 2 der Vorlage:
- Die in der Planung vorgesehene feste Bühne entfällt.
- Es wird eine naturnahe, weitgehend unbebaute Fläche vorgesehen, auf der bei Bedarf eine mobile Bühne temporär aufgestellt werden kann. Die Anschaffung einer eigenen mobilen Bühne oder vergleichbarer fester Bühnenelemente ist nicht Bestandteil der Maßnahme.
- Zusätzliche feste Gestaltungselemente (z. B. Bänke, Podeste, sonstige Einbauten) werden in der Planung nicht berücksichtigt bzw. entfallen.
- Die Planung hat den Schwerpunkt auf Entsiegelung und Bepflanzung zu legen.

Zur Gesamtvorlage:
- An erster Stelle der Priorisierung steht die Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule mit den zuvor genannten Ergänzungen.
- Unmittelbar danach folgen die Entsiegelungsmaßnahmen an den Schulstandorten Gesamtschule Schlebusch und Käthe-Kollwitz-Gesamtschule Rheindorf. Hier baut die Verwaltung auf den bereits vorliegenden Planungen bzw. Planungs- und Baubeschlüssen auf und treibt die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln voran.
- Erst nachrangig folgen alle weiteren Entsiegelungsprojekte aus den Entsiegelungsmodulen 1 und 2 sowie sonstige Entsiegelungsmaß-

nahmen.“

Daniel Greger (01) erläutert, dass die rechtliche Einschätzung zur bezirklichen Entscheidung über die zu entsiegelnde Fläche am Eingang des Neuland-Parks bis zur kommenden Ratssitzung am 15.12.2025 abschließend geklärt wird.

Bezirksmitglied Gregor Nick (Die Linke) möchte von der Verwaltung wissen, warum die Entsiegelungskosten an der Musikschule pro Quadratmeter mit 732 € von einem üblichen Wert von 100 bis 200 € so extrem abweichen und bittet um eine grobe Kostenaufstellung in Zusammenhang mit der geplanten Entsiegelung. Silke Thyssen (67) sagt eine grobe Kostenaufstellung im Nachgang der Sitzung zu.

Daniel Greger (01) fasst zusammen, dass im Folgenden zunächst über den Änderungsantrag von Bezirksmitglied Stefan Krampf (SPD) zu beschließen ist. Im Anschluss daran ist das Gremium angehalten eine Entscheidung über den von Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) vorgetragenen Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I zu treffen. Im darauffolgen Schritt über die zu entsiegelnde Fläche am Eingang des Neuland-Parks zu entscheiden und zuletzt getrennt davon über die Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung aller zuvor genannten Änderungen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova folgt dem Vorschlag von Daniel Greger (01) und lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung I abstimmen, der vorsieht, dass der aufzubringende Eigenanteil der Stadt Leverkusen für das Projekt zur Entsiegelung des Parkplatzes an der Musikschule 100.000 € nicht überstiegen darf.

Beschlussempfehlung den Rat:

Wie zuvor genannter Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung I

- einstimmig -

Darauffolgend bittet Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova das Gremium über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit allen oben aufgeführten Änderungen abzustimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie zuvor genannter Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I

- einstimmig -

Im weiteren Verlauf stellt Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova die Entsiegelung der Fläche am Eingang des Neuland-Parks, Beschlusspunkt 1

der Vorlage Nr. 2025/3531 zur Entscheidung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgrund der höchsten Realisierungschance im Entsiegelungsmodul 2 durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I beauftragt, unter Berücksichtigung der rechtlichen und fachlichen Regularien eine Planung für die Entsiegelung der Teilfläche am Eingang des Neulandparks zu erstellen (Anlage 1 der Vorlage).

Sofern die Entscheidungszuständigkeit für diese Maßnahme beim Rat der Stadt Leverkusen liegt, ist der Beschluss der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I als Beschlussempfehlung an den Rat zu verstehen.

- einstimmig -

Zuletzt lässt Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova über die Verwaltungsvorlage Nr. 2025/3531 mit allen zuvor genannten Änderungen abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit allen zuvor genannten Änderungen

- einstimmig -“

8 2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Leverkusen

8.1 Änderungsantrag der Gruppe FDP vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3547
- Nr.: 2025/0070

8.2 Verwaltungsvorlage
- m. Anfr. der FDP-Ratsgruppe v. 21.11.2025 m. Stn. v. 28.11.2025
- Nr.: 2025/3547

Die Tagesordnungspunkte 8.1 Änderungsantrag der Gruppe FDP Nr. 2025/0070 vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3547 und 8.2 Verwaltungsvorlage Nr. 2025/3547 mit Anfrage der FDP-Ratsgruppe v. 21.11.2025 m. Stellungnahme v. 28.11.2025 zum Thema „2. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Leverkusen“ werden gemeinsam beraten.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt zunächst über den Antrag der Gruppe FDP Nr. 2025/0070 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 8 (4 CDU, 3 SPD, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
dagegen: 3 (AfD)
Enth.: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke)

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt im Anschluss daran über die Verwaltungsvorlage mit der folgenden Änderung aus dem vorherigen Änderungsantrag abstimmen: „In den §§10 Abs. 5 und 15 Abs. 3 der Abfallentsorgungssatzung wird die Uhrzeit von „19 Uhr“ auf „16 Uhr“ geändert.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit zuvor genannter Änderung

- einstimmig -

9 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats III zur Beratung vor.

Dezernat IV

10 "Frühe Hilfen" in Leverkusen ab 2026
- Nr.: 2025/3561

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

11 Wirtschaftsplan 2026 des Sportpark Leverkusen
- Nr.: 2025/3559

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 12 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke)
Enth.: 1 (Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)

12 Nachtragsanträge/-vorlagen

12.1 Projektaufruf 2025/2026 zum Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten" - Beantragung der Förderung für die "Sanierung/Erneuerung der Sportplatzanlage Leverkusen-Rheindorf"
- Nr.: 2025/0044

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

Dezernat V

13 Kosten- und Ertragsrechnung sowie Entscheidungsalternativen der City-C-Revitalisierung
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 24.10.2025
- Nr.: 2025/0039

Daniel Greger (01) verweist auf die Äußerung von Björn Krischick (LEVI) aus der Sitzung des Bauausschusses vom 24.11.2025 in der dieser anbietet, das Projekt auf Einladung in den Fraktionen vorzustellen. Die nächste Informationsveranstaltung, um die Ergebnisse und weitere Schritte vorzustellen, wird voraussichtlich Ende des ersten Quartals des nächsten Jahres stattfinden.

Daniel Greger (01) weist außerdem darauf hin, dass Martin Blank (OP) den Antrag der Fraktion Opladen Plus nach Rücksprache mit dieser nur für die Sitzung des Bauausschusses zurückgezogen hat. Aus diesem Grund obliegt es der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I, weiterhin eine Beschlussempfehlung an den Rat abzugeben.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova schlägt vor, den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung des Bauausschusses vom 24.11.2025 und dem Rückzug des Antrags durch Martin Blank (OP) in dieser Sitzung für erledigt zu erklären. Dem stimmt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I einstimmig zu.

14 Bebauungsplan Nr. 283/I „Manfort - Innovationspark Leverkusen zwischen Dhünn, Gustav-Heinemann-Straße, Syltstraße und Alte Heide"
- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
- Nr.: 2025/3471

Liam Bunk (CDU) schlägt vor, analog zu der Sitzung des Bauausschusses vom 24.11.2025 zu verfahren, in dem die Verwaltung folgende Änderung zu Protokoll gab:

In der Vorlage Nr. 2025/3471 zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit für den Bebauungsplan Nr. 283/I „Manfort - Innovationspark Leverkusen zwischen Dhünn, Gustav-Heinemann-Straße, Syltstraße und Alte Heide" ist folgender redaktioneller Fehler in der Planzeichnung (Anlage 2.1 BPL-Vorentwurf Blatt 1) aufgefallen:

In der Planzeichnung sind im Gewerbegebiet (GE) 6.2 Teilfläche (TF) 2 (Gemarkung Wiesdorf, Flur 30, Flurstücke 332 und 348, südlich der Johannes-Kepler-Straße) als Emissionskontingente (LEK) eingetragen:

LEK 55 dB(A) tags 40 dB(A) nachts.

Richtig - wie auch in der Textlichen Festsetzung unter der Gliederung der Gewerbegebiete tabellarisch festgehalten (s. Anlage 2.3 und 2.4 der Vorlage) und in der Begründung auf den Seiten 33-34 (s. Anlage 3 der Vorlage) beschrieben - müsste es heißen:

LEK 65 dB(A) tags 52 dB(A) nachts.

Der Fehler wird nach Zustimmung der o. g. politischen Gremien zur Beratungsvorlage, von der Verwaltung zur frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Absatz 1 und 4 Absatz 1 Baugesetzbuch in der Planzeichnung korrigiert.

Beschluss mit zuvor genannter Änderung:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I tritt dem Beschluss des Bauausschusses zur Vorlage Nr. 2025/3474 vom 24.11.2025 bei.

- einstimmig -

15 Kita Dhünnstraße

15.1 Kita Dhünnstraße Brandschutz- und Sevesoertüchtigung, Dhünnstraße 12 a/c in Leverkusen
- Planungs- und Baubeschluss
- Nr.: 2025/3514

15.2 Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c
- Nr.: 2025/3509

Die Tagesordnungspunkte 15.1 „Kita Dhünnstraße Brandschutz- und Sevesoertüchtigung, Dhünnstraße 12 a/c in Leverkusen, Planungs- und Baubeschluss“ Vorlage Nr.: 2025/3514 und 15.2 „Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertageseinrichtungen Dhünnstraße 12a und 12c“ Vorlage Nr. 2025/3509 werden gemeinsam beraten.

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) schlägt zunächst vor die Vorlage

Nr. 2025/3514 um einen Turnus zu vertagen.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt sodann über den Vertagungsantrag abstimmen.

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I spricht sich einstimmig dafür aus.

Im Anschluss daran empfiehlt Bezirksmitglied Liam Bunk auch die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 15.2 Nr. 2025/3509 in den nächsten Turnus zu vertagen.

Unter der Sitzungsleitung von Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova stimmt das Gremium auch diesem Vorschlag einstimmig zu.

16 8. Änderung der Satzung für die Friedhöfe der Stadt Leverkusen

16.1 Hinweis auf Haustiere im Grab ermöglichen
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.11.2025 zur Vorlage Nr. 2025/3480
- Nr.: 2025/0074

16.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2025/3480

Bezirksmitglied Dirk Trapphagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Silke Thyssen (67) nimmt mündlich zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stellung und führt aus, dass die Zulassung kremierter Haustiere als Grabbeigabe in bereits belegten Erdgrabstätten in der neuen Friedhofssatzung aufgrund des durch die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II am 04.02.2025 gefassten Beschluss zum Antrag Nr. 2024/3173 mit aufgenommen wurde. Die neue Friedhofssatzung trägt der Tatsache Rechnung, dass Haustiere für viele Menschen einen hohen emotionalen Stellenwert haben. Die Möglichkeit einer unsichtbaren Grabbeigabe stellt somit einen modernen, pietätvollen Kompromiss dar.

Silke Thyssen (67) führt weiter aus, dass eine ausdrückliche Kennzeichnung an der Grabstätte jedoch nicht zugelassen werden kann. Die aktuelle Regelung beruht nicht auf einer Ermessensentscheidung des Fachbereichs Stadtgrün, sondern folgt den rechtlichen und ethischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen. Grundlage hierfür ist der Erlass des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (heute MAGS NRW) vom 15.06.2015 sowie die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW. Beide enthalten eine eindeutige Vorgabe: Hinweise auf die Einbringung von Tierasche dürfen nicht an der Grabstätte angebracht werden. Sie ergänzt, dass gemäß § 7 Bestattungsgesetz NRW Totenwürde und das Empfinden der Bevölkerung besonders zu schützen sind. Die Mitbeisetzung eines

Haustiers wird ethisch nur dann als zulässig bewertet, wenn die Grabbeigabe nicht nach außen tritt. Eine sichtbare Kennzeichnung würde das Tier – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – der verstorbenen Person gleichstellen oder sogar darüber heben. Ein solches Erscheinungsbild wäre nach Auffassung des Ministeriums ausdrücklich pietätwidrig.

Silke Thyssen (67) erläutert weiterhin, dass die Einhaltung dieses Rahmens nicht optional ist. Um Rechtssicherheit und einen würdevollen, gesellschaftlich akzeptierten Umgang mit dem Thema zu gewährleisten, orientiert sich die Friedhofssatzung der Stadt Leverkusen konsequent an den Empfehlungen des Ministeriums und des kommunalen Spitzenverbandes. Eine Öffnung hin zu sichtbaren Hinweisen würde diesen verbindlichen Leitlinien widersprechen und wäre weder fachlich noch rechtlich tragfähig. Diese wurde bereits ausführlich in der Sitzung der Bezirksvertretung II am 04.02.2025 erörtert.

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) beantragt aufgrund der mündlichen Stellungnahme der Verwaltung den Antrag für erledigt zu erklären.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt sodann über den Erledigungsantrag abstimmen.

dafür:	7	(4 CDU, 3 SPD)
dagegen:	5	(3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
Enth.:	1	(Die Linke)

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt im Anschluss daran über die Verwaltungsvorlage Nr. 2025/3480 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür:	9	(3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
Enth.:	4	(CDU)

17 Notwendige Fällung einer Robinie an der Hitdorfer Straße
- Nr.: 2025/3554

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der Fällung einer Robinie (Baum Nr. 72) an der Hitdorfer Straße zu.

- einstimmig -

18 Notwendige Baumfällung an der Werrastraße
- Nr.: 2025/3568

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der Fällung einer Robinie (Baum Nr. 6) an der Werrastraße zu.

- einstimmig -

19 Nachtragsanträge/-vorlagen

19.1 Einrichtung von Parkmarkierungen an der Flurstraße Hitdorf
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 10.11.2025
- Nr.: 2025/0056

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Reinhard Schmitz (66) erläutert, dass die Verwaltung den Vorschlag der CDU-Fraktion begrüßt und die angesprochen Parkplatzmarkierungen nach Beschluss vornehmen wird. Er weist zudem daraufhin, dass die Stellplatzmarkierungen den Wegfall von ca. 20 bis 30 Prozent der Parkflächen bedingen werden, aufgrund von rechtlichen Vorgaben die z. B. bei Straßeneinmündungen und Zufahrten zu beachten sind.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt sodann über den Antrag Nr. 2025/0056 abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt entlang der Flurstraße notwendige Parkbuchten einzurichten und mithilfe von Straßenmarkierungen kenntlich zu machen.

dafür: 12 (4 CDU, 3 SPD, 3 AfD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
Enth.: 1 (Die Linke)

19.2 Errichtung eines öffentlichen Bücherschranks in einer ehemaligen Telefonzelle am Rheindorfer Platz
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 13.11.2025
- Nr.: 2025/0060

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet die Verwaltung vorrangig darum, mit der Deutschen Telekom AG zu klären, ob die Telefonzelle erworben werden kann.

Daniel Greger (01) führt aus, dass die Zuständigkeit für die Telefonzelle bzw.

den daraus entstehenden Bücherschrank innerhalb der Verwaltung abschließend geklärt werden muss. Er teilt mit, dass er sich bei dem Projekt um eine freiwillige Maßnahme handelt, deren Umsetzung vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage nicht darstellbar erscheint. Zudem ist es bei bisherigen Vorhaben bzw. Anträgen zur Einrichtung von Bücherschränken üblich gewesen, dass seitens der antragstellenden Fraktion bereits ein oder mehrere Personen genannt wurden, die sich ehrenamtlich verbindlich um den Bücherschrank in Sachen Sauberkeit, Medieninhalt etc. kümmern. Daniel Greger (01) schlägt vor, die Beschlusspunkte des Antrags insofern abzuändern, dass die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I unter Punkt 1 die Abstimmung mit der Deutschen Telekom AG beschließt und die restlichen Punkte des Antrags bis zur Vorlage des Ergebnisses der Klärung vertagt.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova nimmt den Vorschlag von Daniel Greger (01) auf und lässt in diesem Sinne abstimmen.

Beschluss:

1. Die bestehende Telefonzelle an der Wupperstraße (Höhe Sparkasse) soll nicht abgebaut, sondern als öffentlicher Bücherschrank erhalten und umgenutzt werden. Die Verwaltung wird zunächst beauftragt, zeitnah mit der Deutschen Telekom AG Kontakt aufzunehmen, um den Erhalt der Telefonzelle zu sichern, die Voraussetzungen für eine Umnutzung zu klären und die Verwaltung über das Ergebnis zu informieren.

2. Die Punkte 3 „Es soll geprüft werden,
a. welche baulichen und sicherheitsrelevanten Anpassungen (z. B. Verkehrssicherungspflicht, Versicherung) erforderlich sind, b. welche Kosten entstehen und wie diese ggf. durch Spenden, Patenschaften oder Fördermittel gedeckt werden können, c. und welche örtlichen Initiativen (z. B. Schulen, Vereine, Bürgergruppen) für die Betreuung des Bücherschranks gewonnen werden können.“ und 4 „Die Verwaltung wird gebeten, das Ergebnis der Prüfung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung I vorzustellen.“ des Antrag Nr. 2025/0060 werden solange vertagt, bis zum vorgenannten Beschlusspunkt 1 ein Ergebnis vorliegt.

- einstimmig -

19.3 Gefährdung für Verkehrssicherheit an der Langenfelder Straße Reparatur der Leitplanke Langenfelder Straße / Neujudenhof
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 10.11.2025
- Nr.: 2025/0055

Der Tagesordnungspunkt wurde nach Erledigungsmitteilung durch die Verwaltung von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen und über den 2. Nachtrag von der Tagesordnung abgesetzt.

19.4 Hafenareal Hitdorf – Interessen verbinden, Entwicklung ermöglichen: Nachbesserung in Bezug auf den Bau der Service Box
- Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung I vom 20.11.2025
- Nr.: 2025/0068

Bezirksmitglied Frank Melzer (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion und erkundigt sich bei der Verwaltung, ob für den Aufbau neben dem Kran-Café eine Baugenehmigung erteilt wurde und ob die Barrierefreiheit gegeben ist.

Dirk Baumeister (63) bestätigt, dass für den Anbau ein Bauantrag gestellt wurde und auch vor Baubeginn eine Baugenehmigung erteilt wurde. Er räumt ein, dass der Bauherr mit dem Bauvorhaben deutlich von dem ursprünglich gestellten Antrag abgewichen ist und dieser rückwirkend einen neuen Bauantrag stellen muss, der an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst ist und vermutlich durch die Verwaltung genehmigt werden muss. Die vereinbarte geringere Höhe des Objektes und eine ebenerdige Bauweise wurde durch den Bauherrn nicht umgesetzt. Aus diesem Grund wurde die Baustelle am 18.11.2025 stillgelegt.

Nach allgemeiner Irritation über das Vorgehen des Bauherrn führt Dirk Baumeister (63) aus, dass es sich bei der Erteilung einer Baugenehmigung nach Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) um eine gebundene Entscheidung handelt, die nur versagt werden kann, wenn dem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen.

Bezirksmitglied Liam Bunk (CDU) schlägt nach einer weiteren Diskussion vor, die im Jahr 2025 erlassene „Gestaltungssatzung“ für Hitdorf zu erweitern, so dass diese auch das Gebiet des Hitdorfer Hafens mitumschließt und sich geplante Neubauten nahtlos in das Stadtbild einfügen.

Daniel Greger (01) erklärt hierzu, dass zunächst die Auswirkungen eines solchen Beschlusses und die politische Entscheidungszuständigkeit im Nachgang geprüft werden müssten.

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova lässt sodann in diesem Sinne abstimmen.

Beschluss:

Die Gestaltungssatzung für den Bereich Hitdorf wird insofern erweitert, dass auch das Hafenareal des Hitdorfer Hafens miterfasst wird und sich geplante Neubauten nahtlos in das Stadtbild einfügen.

dafür: 10 (4 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Die Linke, 1 Volt/BÜRGERLISTE LEVERKUSEN)
dagegen: 3 (AfD)

Da die Änderung der Gestaltungssatzung einen größeren Wirkungskreis als der ursprünglich zur Rede stehende Antrag besitzt, ist die Abstimmung über

diesen entbehrlich.

19.5 Baumfällung an der Dönhoffstraße
- Nr.: 2025/0061

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I stimmt der Fällung eines Ahorns (Baum Nr. 29) an der Dönhoffstraße zu.

- einstimmig -

Bezirksbürgermeisterin Michaela Di Padova schließt die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I um 17:25 Uhr.

_____	_____
Michaela Di Padova Bezirksbürgermeisterin für den Stadtbezirk I	Yvonne Ritter Schriftführerin